

Piratenpartei und Geldsystem: Der Nebel lichtet sich



Ausblicke auf den wirtschaftspolitischen Kurs der Polit-Newcomer

Roland Rottenfuß

Das Rätselhafte stimuliert die Fantasie, und die Piratenpartei ist die Sphinx unter den politischen Akteuren. Speziell in Wirtschaftsfragen glänzte sie bislang durch Festlegungsscheu. Sind die Piraten eine „Linkspartei mit Internetanschluss“, wie Gegner behaupten, oder doch verkappte Wirtschaftsliberale? Werden nach dem Grundeinkommen auch umlaufgesichertes Geld und Regionalwährungen bei der Partei eine politische Heimat finden? Der Erfolg der Piraten weckt Begehrlichkeiten, und der Kampf um die Seele der Partei ist im vollen Gange. Wohin steuert das Piratenschiff? Und wie könnte das Wirtschaftsprogramm aussehen, das auf dem Bundesparteitag im November verabschiedet werden soll? Eine Zwischenbilanz.

.....

Monika sagte: „Wir müssen ein Pad aufmachen!“. „Ein Pad – eine in Plastik eingeschweißte Portion Kaffee?“, fragte ich verwirrt. Monika rollte genervt mit den Augen ob so



viel Unwissenheit. Pads sind wichtige basisdemokratische Werkzeu-

ge der Piratenpartei. Webbasierte Textdokumente zu speziellen Themen, in denen jeder, der mag, seine Meinungsduftmarke in Echtzeit, auch in Gruppenarbeit, hinterlassen kann. Wenn ich also aus meiner Fragenliste ein Pad machen würde, so Monika, wäre das wie ein Interview mit dem ganzen Schwarm. Ich würde ein repräsentativeres Bild vom aktuellen Stand der Diskussion zu Wirtschaftsfragen bekommen. Ich stimmte also dem Pad-Projekt zu. Wenn man mit einer Neu-Piratin zusammenlebt, wäre man ja dumm, die Connections nicht zu nutzen.

Lange wusste ich nicht so recht, wie ich das Thema „Piraten“ anpacken sollte. Wen sollte ich fragen? Und wenn ich einen Ansprechpartner gefunden hatte: wie weit war seine Aussage überhaupt allgemeingültig? In den öffentlichen Foren der Piraten findet sich oft ein Warnhinweis: „Dieser Artikel ist keine offizielle Aussage der Piratenpartei Deutschland, sondern hier findet/fand eine offene Diskussion des Themas statt.“ Für diese Vorsicht gibt es einen guten Grund: Die Mainstream-Presse steht in Treue fest zum neoliberalen Projekt. Sie versucht die Piratenpartei kampagnenartig niederzuschreiben, seit diese die Politikszene mit zweistelligen Umfragewerten aufmischte. Zwei Strategien herrschen dabei vor: 1. Man unterstellt pauschal, die Piraten hätten „kein Programm“. 2. Man greift Äußerungen einzelner

Piraten heraus, die man für skandalträchtig hält und reitet darauf herum. Exemplarisch zeigte dies das Vernichtungsinterview von Michel Friedmann mit Marina Weisband im April 2012. Da wurde unterstellt, die Piraten seien rechtslastig, wollten das Urheberrecht abschaffen und seien Freunde anonymer Beschimpfungen im Internet. Stimmt alles nicht, aber etwas bleibt immer hängen.

Politik ohne Obermacker

Was dran ist allerdings an dem Vorwurf, die Piraten hätten noch kein ordentliches Wirtschaftsprogramm. Nur ein Paragraph schmückt das bisherige Programm zum Thema Wirtschaft und Finanzen: „Die Piratenpartei tritt für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden wie der Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie der Landwirtschafts- oder Handwerkskammer ein.“ Kein politischer PR-Coup! Das Sympathische ist: Sie geben offen zu, dass sie Wesen des Übergangs sind. Marina Weisband sagte im Talk mit HUMANE WIRTSCHAFT: „Ich muss vorausschicken: Ich bin wirtschaftlich relativ ungebildet.“ Solange den Akteuren klar ist, dass sie es sich nicht ewig im politischen Zug nach Nirgendwo bequem machen können, kann dies sogar ein Vorteil sein. Es strahlt Weisheit aus: „Ich weiß, dass ich nicht weiß.“



Das bedeutet aber auch: Man braucht Geduld, um ein aussagekräftiges Meinungsbild herauszudestillieren. Wer am Verdurstenden ist, sollte seinen Mund nicht in eine Wolke halten. Zwei Grundregeln sind wichtig, wenn man in die Schwarmintelligenz der Piraten hineinstochern will: 1. Alles ist im Prozess, nichts ist endgültig. 2. Jeder ist ein bisschen, niemand im Besonderen zuständig. Das ist gelebter Widerstand gegen eine Kultur der Macher und Pseudo-Charismatiker, die in den Altparteien das Sagen haben. Bei denen wird in kleinen Führungszirkeln vorgekaut, was die Basis wollen soll. Seit der Gründungsphase der Grünen läuft heute also das zweite großflächige Experiment mit einem anderen Politikstil. Man möchte nicht nur neuen Meinungswein in alten Strukturschläuchen verkaufen, sondern strebt nach „Liquid Democracy“. Wirklich ergebnisoffene Diskussionen sind viel in einer Zeit überstürzter, „alternativer“ Entscheidungen.

Die Antworten auf besagtem Pad sowie andere Recherchen lassen nun Rückschlüsse darauf zu, in welche Richtung es gehen könnte.

Wie läuft der Prozess der Entscheidungsfindung ab?

Die AGs (Arbeitsgemeinschaften) erarbeiten in Mumble-Sitzungen (Internet-Telefonkonferenzen), aufgrund von Pads und regem Serienmailverkehr Vorschläge. Ist man z. B. Mitglied der AG Geldordnung und Finanzpolitik, findet man in seinem Emailfach täglich ca. 20 Piraten-Mails vor. Monika kann ein Lied davon singen. Zu den Mumble-Konferenzen werden auch externe Experten eingeladen. Aus der Diskussion entstehen Vorschläge für Anträge. Werden diese mit 2/3 der Stimmen angenommen, gehen sie an den Bundesparteitag. Der nächs-

te ist am 24. und 25. November 2012. Hat eine AG erst einmal einen Vorschlag erarbeitet, bestehen gute Chancen, beim Parteitag „durchgewunken“ zu werden. Die Mitglieder bejahen aus Prinzip den Entscheidungsfindungsprozess „von unten nach oben“. Außerdem kann sich nicht jeder zu jedem Thema sorgfältig einarbeiten. Man verlässt sich auf die AGs. Ein Pirat namens Karsten schreibt: „*Da wir im Vorfeld möglichst viele Mitstreiter und ihre Sichten einbinden, sind wir optimistisch, dass wir konsensfähige Anträge hinbekommen werden.*“ Joachim Paul, Spitzenkandidat der Piraten in NRW, beschreibt die Arbeitsweise seiner Mannschaft so: „*Wir wollen das Open Source-Konzept auf die Politik übertragen.*“ Das bedeutet: Verschiedene Entwickler mit unterschiedlichen Vorstellungen erarbeiten gemeinsam ein Konzept. „*Die Piratenpartei ist ein Politik-Labor.*“



© Martin Bangemann

Wo kann man die Piraten (wirtschafts)politisch einordnen?

Verderben im „Labor“ nicht zu viele, zu unterschiedliche Köche den Brei? Laut Statistik sind den Piraten Wähler aus allen im Bundestag vertretenen Parteien zugeflossen – zuzüglich vieler Nichtwähler. Kann es gut gehen, wenn da ehemalige Linkenwähler auf überzeugte Neoliberale treffen? Karsten ist optimistisch: „*Dieses Zusammentreffen erleben wir als spannend, aber auch sehr konstruktiv.*“ Er definiert auch einen

gemeinsamen Nenner, unter dem sich Menschen unterschiedlichster politischer Prägung versammeln können: „*Die Rechte des Menschen sollen absoluten Vorrang haben gegenüber den Rechten von Institutionen, also des Staates oder auch der Privatwirtschaft, denen entsprechend harte Grenzen zu setzen sind.*“ Ein Ansatz, der radikal vom Individuum her gedacht ist. Von Etikettierungen wie „links“ oder „rechts“ will Karsten nichts wissen: „*Wir sind mittendrin im Spektrum.*“ Bernd Schlömer, der neue Bundesvorsitzende hält die Piraten für „*eine liberale Partei, mit sozialer und bürgerrechtlicher Ausprägung.*“ Er wehrt sich gegen den Vorwurf, einer „Linkspartei mit Internetanschluss“ vorzustehen. Freiheit freilich ist ein verschieden interpretierbarer, oft missbrauchter Begriff. Robert Stein, Sprecher des Arbeitskreises Wirtschaft, beschreibt die Position der Piraten als „sozial-liberal“. Und das heißt? „*Wir sind gegen Subventionen, aber wir sind auch für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.*“ Monopole und Oligopole stehen, neben Subventionen, auf der Abschussliste der Freibeuter.



© Christian v. R. / pixello.de

Auf mehreren Fronten werden Großkonzerne angegriffen. Etwa wenn es um die Rechteverwerter der Musik- und Filmindustrie geht, um das Patentrecht der Pharmakonzerne, das beschnitten werden soll, um Energiekonzerne,

die durch den Ausbau erneuerbarer Energien geschwächt würden. Wer, wie unlängst Katja Kipping, mit den coolen Nerds einen Flirtversuch von links wagt, holt sich jedoch eine Abfuhr. Die Piraten wollen teilweise Ähnliches, jedoch aus anderen Gründen. So kritisiert ein Antrag der AG Geldordnung, „die Subventionierung von Banken durch die auf Staatsanleihen gezahlten Zinsen“. Was ist daran so schlimm? „Banken können hohe Zinsen auf Staatsanleihen einstreichen und sich gleichzeitig zu niedrigeren Zinsen bei der EZB refinanzieren. Sie profitieren dabei von einem Geschäft, das keines wesentlichen unternehmerischen Einsatzes bedarf.“ Es geht also nicht um Mitgefühl für sozial Schwache, die zugunsten „Notleidender“ Banken enteignet werden, sondern um das Leistungsprinzip. Aus demselben Grund möchte man keine Schonung für „systemrelevante Banken“. „Es gibt keinen Grund, Unternehmen am Markt zu halten, die keinen Erfolg haben.“ Das ist marktradikaler als CDU und FDP erlauben. Am Banken-Unwesen stört nur, dass die Marktwirtschaft nicht konsequent genug an ihnen exekutiert wird.

Wie begründen Piraten ihre Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen?

Dies gehört zu den bekanntesten Positionen der Piraten – und zu den am meisten bespöttelten. Geschäftsführer Johannes Ponader wurde von BILD, Stern & Co. zum Buhmann aufgebaut. Angeblich habe dieser Hartz IV als Lebensstil kultiviert und wolle seinen Lebensraum vom Grundeinkommen auf Kosten „anständiger“ Steuerzahler verwirklichen. Die neoliberalen Hofberichterstatter machten daraus

eine Skandalstory à la „Deutschlands frechster Sozialschmarotzer“. Dabei will Ponader für sich nur, was er für alle fordert. Das Konzept der Piraten zum Grundeinkommen ist wohl durchdacht. Karsten erklärt dazu: „Hinter der Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen steht die Einsicht, dass die Zielsetzung ‚Vollbeschäftigung‘ dank der sich rasant entwickelnden Informationstechnologie völlig unrealistisch geworden ist, zumindest solange Beschäftigung mit der Menschenwürde vereinbar bleiben soll. Andererseits wurde die Gesellschaft schon immer getragen durch nichtkommerzielles Engagement. Wir erleben gerade unter anderem im Kreativ- und Wissensbereich, dass Erwerbstätigkeit in großem Stil durch nichtkommerzielles Engagement ersetzt wird.“ Beispiele: Wikipedia und die Open Source-Bewegung. Hier würde sich die Technikbegeisterung junger Tüftler mit dem Grundeinkommen und Elementen einer Schenkökonomie ideal ergänzen.

Gibt es Positionen zur Geldreform, zu Umlaufsicherung, Regionalwährungen u. ä.?

So bruchstückhaft die Parteiprogramme der Piraten zu Wirtschaftsthemen auch sein mögen, es gibt ein paar, die sich aus der Deckung wagen. So heißt es im Antrag eines ostdeutschen Landesverbands: „Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt setzt sich für Reformen im Geldsystem ein, insbesondere sollten durch parallele,

umlaufgesicherte Geldsysteme alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Kommunen geschaffen werden, regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützt werden und insgesamt damit die Umverteilung von Arm zu Reich durch unser Geldsystem unterbrochen und schrittweise abgelöst werden.“ Das klingt, als hätten die Piraten ein bisschen an Silvio Gesell und Margrit Kennedy geschnuppert. Der Landesverband Sachsen deutet in seinem Wirtschaftsprogramm „unterschiedlich konstruierte Währungssysteme“ an. Karsten ist, was die Zukunft solcher Konzepte in der Piratenpartei betrifft, maßvoll optimistisch: „Es ist doch erst einmal toll, dass es jetzt eine Partei gibt, in der solche Themen ernsthaft an der Basis diskutiert werden können, und das auch noch mit guten Aussichten auf Eingang in das Parteiprogramm.“ Er meint, dass „ein gewaltiges Problem mit dem heutigen Zustand der Zinswirtschaft“ bestehe.

Andere Piraten wollen den Zins als solches jedoch nicht in Frage stellen. Man müsse festhalten, „dass Geld immer eine Schuld“ ist, sagte Pirat Nicolai in Monikas Pad. „Die eigentliche Frage ist also, wer der Schuldner ist, und zu welchen Konditionen“. Es käme darauf an, „die Konditionen, zu denen der Staat Geld bekommt, zu ändern.“ Das bleibt noch reichlich vage. In einem Forum von „Piratenwiki“ äußern



© Martin Bangemann

sich einige eher ablehnend zur Frage „Einführung von Alternativwährungen parallel zum Euro“: *„Welchen Nutzen hätte das? Ich sehe keinen.“* Oder (ganz im marktradikalen Geist): *„Außerdem bleibt das Problem wettbewerbsverzerrender Wechselkursschwankungen mit der Gefahr protektionistischer Maßnahmen ungelöst.“* Als gelte es vor allem den Wettbewerb zu schützen, nicht die Menschen. Manchmal ist es mit Händen zu greifen, dass sich der betreffende Pirat nie über Regionalwährungen und die Wirtschaftstheorie, auf der sie beruhen, informiert hat. Es stehe ja jedermann frei, sich an Tauschringen zu beteiligen, schreibt einer. *„Aber wozu per Gesetz eine Parallelwährung einführen?“* Ein anderer fordert dagegen die Einführung einer nationalen Parallelwährung in Griechenland.

Wie stehen Piraten zu Eurokrise, ESM-Vertrag und verwandten Themen?

Das angebliche Schweigen der Piraten zu diesen Fragen wurde ihnen besonders angekreidet. Noch im April 2012 ließ der damalige Parteichef Sebastian Nerz verlauten: *„Von der Eurokrise haben wir keine Ahnung.“* Man darf aber nie einzelne Piraten (und seien sie auch Parteichefs) mit der ganzen Partei gleichsetzen. Schon am 7. März wurde eine Presseerklärung herausgegeben: *„Die Piraten AG Geldordnung und Finanzpolitik spricht sich für einen sofortigen Stopp des ESM aus. Die Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert, die Ratifizierung des Vertrages in dieser Form zu verhindern.“* Dazu wurden auch saftige Begründungen geliefert: *„Der ESM verstößt gegen die im Grundgesetz verankerten fundamentalen Rechtsprinzipien und Grundsätze einer demokratischen Staatsordnung wie dem Parlamentsvorbehalt, dem Gleichheitsprinzip, dem Rechts-*

staatlichkeitsprinzip, der Gewaltenteilung sowie dem Transparenzgebot.“ Die Piraten haben also nicht geschwiegen, sie wurden totgeschwiegen.

Am 1. August 2012 verabschiedete die AG Geldordnung einen Antrag zur „Neuordnung der Staatsfinanzierung in der Eurozone“. Der Antrag zielt darauf ab, *„eine klar definierte Möglichkeit zur direkten, demokratisch legitimierten und kontrollierten Finanzierung der Euro-Mitgliedstaaten durch die Europäische Zentralbank (EZB) zu schaffen“*. Die bisherige indirekte Finanzierung der Staaten über die Ausgabe von Anleihen verursacht ja beträchtliche Zinskosten. Der Vorstoß der Piraten zielt also auf Zinsvermeidung ab. Außerdem soll die parlamentarische Demokratie gegen postdemokratische Demontageversuche seitens *„intransparenter Exekutivorgane“* geschützt werden. Man kritisiert die *„durch die Wirkungsweise der Finanzmärkte erzwungene Abwärtsspirale“* und den *„Abbau sozialer Sicherungssysteme“*. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang nur, dass die Piraten die destruktive Wirkungsweise des Zinses in der Volkswirtschaft nicht grundlegender untersuchen.

Welche Forderungen zu Wirtschaft und Finanzen gibt es noch?

Hier betreten wir wieder ein unübersichtliches Feld. Mindestlohn zwischen 8,5 und 10 Euro, Erbschaftssteuer auf hohe Vermögen, *„proaktive Steuerung“* der Wirtschaftspolitik, fahrscheinloser Nahverkehr – vieles wird gefordert, wenig ist Konsens. Entscheidungsreife dürfte eine Reform des Steuerrechts sein, es bleibt jedoch unklar, worauf die hinausläuft. Bernd Schlömer schaltete unlängst in einer Podiumsdiskussion mit Katja Kipping

die Nebelwerfer ein: *„In den entsprechenden Arbeitskreisen gibt es Diskussionen über ein einfaches und transparentes Abgabensystem, das auf Gerechtigkeit setzt.“* Deutlicher wollte er nicht werden, um dem Diskussionsprozess nicht vorzugreifen. Es drängt sich aber die Befürchtung auf, dass hier nur das Westerwelle-Mantra vom *„einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystem“* upgedatet werden soll. Im Dialog mit Kipping sprach sich Schlömer auch gegen eine Reichensteuer aus. *„Die Einführung der Reichensteuer würde letzten Endes nur dazu führen, dass eine weitere Steuer hinzukommt. Das untragbare Steuersystem würde damit nicht geändert.“* Will der Bundesvorsitzende das Thema Verteilungsgerechtigkeit ausblenden, nur um das Steuerrecht nicht „unnötig“ zu komplizieren? Das kann noch nicht das letzte Wort gewesen sein!

Etwas kühner erscheint ein Antrag der AG Geldordnung zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Besteuert werden sollen die Bruttogeldvermögen, und zwar speziell, um die Steuern auf Arbeit zu senken. *„Die Besitzer der stetig anwachsenden Geldvermögen in Deutschland tragen seit 1997 nichts mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens bei.“* Der Antrag zielt auf die *„Reduzierung der zunehmenden Ungleichverteilung und Konzentration des Geldvermögens.“* Auch die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten werde dadurch erhöht. Ein *„stärkeres reales Wirtschaftswachstum“* sei die Folge. Obwohl die übermäßige Konzentration des Geldvermögens hier klar benannt wird, lassen die Piraten das Wachstumsparadigma unangetastet. Und dies, obwohl die Partei beachtliche Überlegungen zum Umweltschutz angestellt haben. Nach Gründen für den im System „eingebauten“ Wachstumszwang wird nicht geforscht. Eine Zinsertragssteuer lehnt die AG ex-

plizit ab, obwohl diese inzwischen sogar von Angela Merkel erwogen wird. Auch das Grundeigentum und andere Sachvermögenswerte sollen unangetastet bleiben. Reiche könnten so ihr Geldvermögen einfach in Sachvermögen umwandeln, um der Steuer zu entgehen.

Licht, Schatten und sich lichtender Nebel



Mein Eindruck vom Meinungsbildungsprozess der Piratenpartei zum Thema Wirtschaft ist gemischt – zu vorsichtigem Optimismus besteht jedoch Anlass. In manchen Fragen – man beachte etwa den Abschied von der Illusion der Vollbeschäftigung – sind die Piraten Visionäre. In anderen übernehmen sie einfach ungeprüft die Denkvoraussetzung der Blütephase der neoliberalen Ära, in der sie aufgewachsen sind. Der Wettbewerb als Dauerkampf zwischen isolierten, konkurrierenden Individuen wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Ebenso wenig werden die Grenzen des Wachstums ins Auge gefasst. An die Frage des übermäßigen Reichtums und der damit verbundenen Machtkonzentration

trauen sich die „Sozial-Liberalen“ nur zaghaft heran.

In den Veröffentlichungen und Äußerungen der Piraten herrscht eine rationale, fast kühle Grundatmosphäre. Zwar sollen soziale Härten u. a. durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen abgefedert werden; die bloße Tatsache, dass Menschen nicht hungern, ist aber nicht gleichbedeutend mit gerechter Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen. Geringverdiener würden auf unterstem Niveau befriedet, während die Umverteilung von unten nach oben – nur mäßig abgebremst – weiter liefe. Selbst wenn auf dem November-Parteitag die Einführung einer Vermögenssteuer beschlossen würde, bliebe der eigentliche Systemfehler damit weiter im toten Winkel. Man würde quasi einen Teil der Diebesbeute an die Bestohlenen zurückgeben, gleichzeitig aber weitere Diebstähle systemisch ermutigen.

Beim jetzigen sehr vorläufigen Stand der Diskussion sind jedoch noch einige Überraschungen möglich. Die Piratenpartei gibt mehr Anlass zur Hoffnung als die immer noch im neo-

liberalen Paradigma eingemauerten Altparteien CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne. Nicht weil die Piraten schon jetzt perfekt sind, sondern weil sie lernfähiger sind als andere: durchlässiger für Impulse von der Basis und von außerhalb. Im November werden wir mehr wissen. Auch auf dem großen Parteitag wird allerdings nicht das letzte Wort gesprochen sein. Karsten sagte treffend: *„Es ist aber wichtig zu verstehen, dass die Piraten ihre programmatischen Aussagen nicht als endgültig sehen, sondern als Zwischenschritte auf dem Weg zur besten Lösung.“* So werden auch nach dem Parteitag weitere Pads aufgemacht werden. 

Zum Autor

Roland Rottenfuß



Jahrgang 1963, Germanistikstudium, Journalist. Derzeit ist er unter anderem als Chefredakteur für Kon-

stantin Weckers Webmagazin „Hinter den Schlagzeilen“ tätig.



Dirk C. Fleck – Die vierte Macht

Dirk C. Fleck, Autor der beiden Equilibrismus-Romane „Das Tahiti-Projekt“ und „MAEVA!“, trifft die wichtigsten Journalisten des Landes und befragt sie zu ihrer Verantwortung in einer Welt, die sich scheinbar gewissenlos selbst zerstört.

Wie stark engagieren sich Medien für einen Wertewandel in der Gesellschaft? Nutzen sie in heutigen Krisenzeiten ihren Einfluss als vierte Macht, um Zuschauer, Zuhörer und Leser aufzuklären und zu sensibilisieren? Lassen die Medien eine solche Berichterstattung überhaupt zu – denn ist das Mediengeschäft nicht in erster Linie ein Unterhaltungsgeschäft?

Dirk C. Fleck führt sehr substanzielle, informative Gespräche und präsentiert gestandene Journalistengrößen in kurzweiligen Porträts, welche die Medienprotagonisten auch von einer persönlichen Seite zeigen. Die Gespräche wurden geführt mit:

- Kai Diekmann,
- Harald Schumann,
- Volker Panzer,
- Cordt Schnibben,
- Hans-Ulrich Jörges,
- Geseko von Lüpke,

- Dietmar Schumann,
- Anne Gesthuysen,
- Robert Misik,
- Peter Unfried,
- Michel Friedman,
- Jochen Schildt,
- Matthias Leitner,
- Giovanni di Lorenzo,
- Helge Timmerberg,
- Michael Jürgs,
- Anne Will,
- Klaus Liedtke,
- Lars Häder,
- Mathias Bröckers,
- Gert Scobel,
- Jakob Augstein,
- Kurt Imhof,
- Hub. Meyer-Burckhardt und
- Frank Schirrmacher.

Das Nachwort schrieb Katrin Göring-Eckhardt, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.



Das Buch kann bei uns bestellt werden:

http://shop.humane-wirtschaft.de/buch_c_fleck_die_vierte_macht